

Wenn denkende Amerikaner versuchen, sich im täglichen Propagandafeuer der Covid-19-Impfung zurechtzufinden, ist es nur allzu leicht, sich mit der innenpolitischen Situation zu beschäftigen. Amerikaner, denen die Wahrung des international etablierten Menschenrechts auf vorherige, freie und informierte medizinische Einwilligung - und das Recht, sich nicht als Versuchskaninchen für medizinische Experimente zu missbrauchen - am Herzen liegt, sollten jedoch über die Entwicklungen in der Europäischen Union (EU), und nicht zu vergessen, nach China und Indien die drittgrößte Bevölkerung der Welt darstellt, zutiefst besorgt sein.

Wie in einer [Pressemitteilung](#) der belgischen Überwachungsgruppe "Initiative Citoyenne" ("Bürgerinitiative") vom 26. Juni zusammengefasst wird, "hat die Europäische Kommission - die Exekutive der EU mit Sitz in Brüssel - "es auf sich genommen, eine dringende Bestellung für Coronavirus-Impfstoffe zu erteilen, ohne einen Schimmer von Transparenz". Nach einem Bericht des Magazins L'Echo vom 11. Juni schließt die Kommission mit mehreren Pharmaunternehmen Vorabkaufverträge über Covid-19-Impfstoffe ab, mit dem Ziel, "die gesamte europäische Bevölkerung so schnell wie möglich zu impfen". Die Kommission hat erklärt, dass sie 300-600 Millionen Dosen erhalten will, "je nachdem, ob eine oder zwei Dosen [des Impfstoffs] pro Person benötigt werden". Gleichzeitige Presseberichte verweisen auf die Möglichkeit eines EU-weiten Impfmandats gegen das Coronavirus und [zitieren den belgischen Justizminister mit den Worten](#): "**Wenn sie sich weigern, werden wir sie zwingen**".

Um Licht in die hinter verschlossenen Türen der Europäischen Kommission zu bringen, sandte ein Anwalt, der im Namen der Initiative Citoyenne arbeitet, dem Exekutivorgan am 24. Juni [einen Brief](#), in dem er die Offenlegung aller öffentlichen Beschaffungsverträge für Coronavirus/Covid-19-Impfstoffe und der damit verbundenen Dokumente forderte. Das sind Informationen, auf die die Öffentlichkeit gesetzlich Anspruch hat. Die Kommission muss innerhalb von 30-60 Tagen antworten. Wie in dem Schreiben dargelegt, umfassen die angeforderten Dokumente Informationen über die Beschaffung von Coronavirus-Impfstoffen oder Impfausrüstung, einschließlich Spritzen, die wissenschaftlichen Begleitdokumente, auf die sich die Kommission bei ihren Entscheidungen stützt, sowie die Stellungnahmen anderer Verwaltungsorgane, die vor der Vorbereitung der Verträge konsultiert wurden.

Die Pressemitteilung der Initiative Citoyenne weist auf ein weiteres Element der Besorgnis hin, das mit den überstürzten Beratungen der Europäischen Kommission zusammenhängt, [nämlich, dass die EU offenbar bereit ist, Impfstoffherstellern einen kostenlosen Regulierungspass zu geben, indem sie auf "bestimmte Umweltschutzgesetze wie die Verwendung von GVOs" verzichtet](#). Im Jahr 2001 verhängte die EU ein De-facto-Moratorium für weitere Zulassungen von GVO-Kulturen, aber dies hat die Befürworter von GVOs lange Zeit in den Schatten gestellt. Europäer, die das Vorsorgeprinzip und die Beschränkungen ihrer Region für GVO in Lebensmitteln schätzen, müssen verstehen, dass die gentechnisch veränderten, mit Nanopartikeln beladenen Coronavirus-Impfstoffmischungen, die auf dem Weg zu ihnen sind, die GVO in Lebensmitteln im Vergleich dazu wahrscheinlich malerisch erscheinen lassen. Nie war es für die Bürger - ob in Europa, den USA oder anderswo - dringender denn je, auf Transparenz zu bestehen und die Regierungsorgane, die über Leben und Tod entscheiden, zur Rechenschaft zu ziehen.

[Covid-19 Vaccines: An Alarming Update from Europe](#)

